

via Besteuerung des relativ immobilen Faktors Arbeit ließ die Belastung der Arbeit im Vergleich zu den übrigen Produktionsfaktoren steigen. Die gegebene Steuer- und Abgabenlast ist sowohl für den Anbieter wie auch für den Nachfrager von Dienstleistungen das entscheidende Motiv, sich im Bereich der Schattenwirtschaft zu betätigen. Strengere Kontrollen alleine können hier keine Abhilfe schaffen. Bei einer etwaigen Entlastung des Faktors Arbeit muß jedoch auch auf die Frage der Finanzierung des Sozialsystems geachtet werden.

Typisch für Schwarzarbeit ist, daß die Nachfrage nach staatlichen Transfer- und Versicherungsleistungen (Soziales, Infrastruktur) gleich bleibt oder sogar steigt, ihre Finanzierungsbasis aber wegen der Ausweitung der Schattenwirtschaft immer schmaler und der Druck zu Steuererhöhungen immer stärker wird. Hohe Arbeitslosenzahlen deuten damit oft nicht auf einen Mangel an Arbeit, sondern auf Fehlallokationen durch das Steuer- und Abgabensystem hin: Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates durch Besteuerung der wirtschaftlichen Leistung und damit der offiziellen Beschäftigung macht es attraktiv, Leistungen der Besteuerung soweit zu entziehen, daß gerade noch der Zutritt zum Wohlfahrtssystem gewährleistet ist. Steuervermeidung ist dabei vor allem im Bereich der persönlichen Dienstleistungen möglich.

1.5. Deregulierung und Privatisierung

Die Einbeziehung geschützter Sektoren in den internationalen Wettbewerb sollte zu Preissenkungen für Konsumenten und nachgelagerte Unternehmen führen, sie bedeutet allerdings auch eine schmerzhaft Anpassung des Beschäftigungsstands an internationale Konkurrenzbedingungen.

Bei der bevorstehenden Liberalisierung des Energie- und Telekom-Marktes (Wegfall des Leitungsmonopols mit 1.1. 1998) sind kurzfristig auftretende Beschäftigungseinbrüche zu erwarten und daher gegebenenfalls Übergangshilfen vorzubereiten. Insbesondere im Telekommunikations- und Medienbereich zeigen aber ausländische Beispiele, daß die Schaffung von Wettbewerb und die Zulassung zusätzlicher Anbieter langfristig zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können.

Bei der Privatisierung und Restrukturierung von Schlüsselbereichen der österreichischen Wirtschaft ist neben betriebswirtschaftlichen Kriterien auch die Sicherung der strategischen Eigentümerfunktion in Österreich zu beachten, um das Abwandern von für Österreich als Industriestandort relevanten Headquarterfunktionen und Kompetenzzentren zu verhindern (siehe Beiratsstudie „Industriepolitik III“, 1991).

1.6. Globalisierung

Nach gängiger ökonomischer Auffassung bringt die weltwirtschaftliche Integration steigenden Wohlstand für alle. Neue Märkte und wirtschaftliche Kooperationsfelder bieten Chancen für eine Expansion. Die Wohlfahrtsgewinne

aus der Globalisierung sind jedoch unterschiedlich auf wirtschaftliche Gruppen und Länder verteilt.

Der größte Konflikt zwischen ökonomischem Kosmopolitismus und politischem Nationaldenken tritt im Bereich des Arbeitsmarktes auf. Das globale Denken international tätiger Unternehmen, die sich immer mehr von ihren nationalen Wurzeln lösen, führt dazu, daß sie sich nicht an nationalen und sozialen Bedürfnissen ausrichten. Die international agierenden Firmen orientieren ihre Standortentscheidungen – neben Infrastruktur und Ausbildungsstandards – auch an den Lohnstückkosten und Umweltauflagen der einzelnen Länder.

Auf dem Arbeitsmarkt führen die Globalisierung und die technologische Entwicklung zu einer Dualisierung: Vor allem die Unqualifizierten sind die Verlierer des Globalisierungsprozesses, ihre Arbeitsplätze gehen teilweise verloren und ihre Einkommen sinken relativ. Die Qualifizierten steigen dagegen per Saldo eher besser als schlechter aus: Ingenieurintensive Branchen sind die Träger des Exporterfolgs, und qualifizierte Dienstleistungen sind immer mehr gefragt.

Insgesamt erzwingt der verstärkte Konkurrenzdruck Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen, die sich in Arbeitsplatzverlusten niederschlagen. Die Rückkehr zum Protektionismus der Vergangenheit kann jedoch keine Alternative sein, für exportorientierte Volkswirtschaften wäre dies kontraproduktiv. Um diesen Tendenzen und den Asymmetrien in den Handelsbeziehungen entgegenzuwirken, sind jedoch die Verhandlungen betreffend „fair trade“ und „market access“ inklusive der Einführung von Umwelt- und Sozialstandards voranzutreiben. Darüber hinaus ist die Anwendung des handelspolitischen Instrumentariums der EU (Anti-Dumping, Schutzmaßnahmen) unverzichtbar.

Die Politik ist heute mehr denn je gefordert, die Anpassungsprobleme an die weltwirtschaftliche Integration zu lindern und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zugunsten der Verlierer des Modernisierungsprozesses zu setzen. Der versuchten Problemlösung mittels staatlicher Subventionen sind aufgrund des EU-Wettbewerbsrechtes und der derzeitigen budgetären Restriktionen, aber auch der praktischen Erfahrungen, relativ enge Grenzen gesetzt, die sich auf im Rahmen der WTO zulässige vorübergehende Schutz- und Stützungsmaßnahmen beschränken.

In Zukunft wird der Strukturwandel am Arbeitsmarkt durch Globalisierung und technologischen Wandel eher noch beschleunigt werden. Die betroffenen Arbeitnehmer in den schrumpfenden Branchen werden nicht automatisch die Arbeitsplätze in den expandierenden Wirtschaftsbereichen einnehmen können, weil diese andere Qualifikationen erfordern und andere regionale Schwerpunkte haben. Verstärkte Qualifizierungsanstrengungen für Arbeitnehmer und Arbeitslose sowie ein Ausbau von Dienstleistungen werden notwendig sein, um den raschen Strukturwandel adäquat zu bewältigen.